

**Protokoll des
Initiativkreises "Lebens-Raum Stadt"
am 17. Februar 2009 im Wissenschaftszentrum Bonn Bad Godesberg
gefördert von der Gerda Henkel Stiftung**

Teilnehmer:

Anne Brandl

ETH Zürich, wiss. Mitarbeiterin am Institut für Städtebau, Netzwerk Stadt und Landschaft von Prof. Lampugnani

Stephan Burgdorff

Der Spiegel, Ressortleiter Sonderthemen, Hamburg

Dr. Michael Denkel

Mitglied der Geschäftsführung, AS&P - Albert Speer & Partner GmbH, Frankfurt

Prof. Dr. Hans-Joachim Gehrke

Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts, Berlin

Dr. Michael Hanssler

Vorstandsvorsitzender der Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf

Prof. Ilse Helbrecht

Uni Bremen, Professur für Angewandte Geographie, Konrektorin Universität Bremen

Prof. Dr. Michael Krautzberger

ehem. Ministerialdirektor am BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Vizepräsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Bonn

Richard Leibinger

Oberbürgermeister der Stadt Waldkirch, Cittaslow

Prof. Thomas Sieverts

Architekt, skt umbaukultur - Architekten Stadtplaner, Bonn

Werner Wingenfeld

Stadtbaurat, Dezernat für Stadtentwicklung und Baurecht, Stadt Bonn

Denkwerk Zukunft:

Prof. Dr. Meinhard Miegel

Vorstandsvorsitzender, Bonn

Stefanie Wahl

Geschäftsführung, Bonn

Martin Schulte

Wissenschaftler, Bonn (Protokoll)

› **Denkwerk Zukunft** Stiftung kulturelle Erneuerung

Ahrstraße 45, D-53175 Bonn, Telefon +49 228 372044, Telefax +49 228 375869

E-Mail kontakt@denkwerkzukunft.de, Website www.denkwerkzukunft.de

Vorstand: Prof. Dr. Meinhard Miegel (Vorsitzender), Dipl. rer. pol. Dieter Paulmann, RA Erich Steinsdörfer

Treuhänder der Stiftung: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., Essen

Prof. Miegel erläutert einleitend das Anliegen des Denkwerks Zukunft und das Ziel der Diskussion:

Über Jahrhunderte veränderten sich im westlichen Kulturraum Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft, Wertvorstellungen und vieles andere nur sehr langsam. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts setzte jedoch ein rapider Wandel ein. Viele Trends entwickelten sich exponentiell. Heute sind die westlichen Gesellschaften zutiefst geprägt durch diese (atypische) Zeit der Expansion und Beschleunigung. Sie haben individuelles Glück und die Funktionsfähigkeit ihrer gesellschaftlichen Systeme – Arbeitsmarkt, soziale Sicherung, Staatshaushalte, Demokratie – von dieser „Stichflammenentwicklung“ – insbesondere von einer fortwährend wachsenden Wirtschaft – abhängig gemacht.

Heute steht die westliche Welt erneut vor einer grundlegenden Trendwende: dem Beginn einer langen wirtschaftlichen Stagnations- und Abschwungphase. Hierfür gibt es eine Vielzahl von Gründen: Energie und Rohstoffe werden weltweit knapper, die Kosten des Umwelt- und Klimaschutzes steigen, die westlichen Bevölkerungen altern und schrumpfen zahlenmäßig, Zivilisationskrankheiten nehmen zu und weithin bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Ohne veränderte Sicht- und Verhaltensweisen dürfte der Rückgang des materiellen Wohlstands zu heftigen Reaktionen bis hin zur Infragestellung der freiheitlich-demokratischen Ordnung führen. Um dies zu vermeiden, sollten Verluste im materiellen Bereich durch Gewinne in immateriellen Bereichen ausgeglichen werden. In diesem Fall würde das Wohlbefinden der Menschen im Saldo nicht sinken bzw. sogar steigen. Das Denkwerk Zukunft will klären, ob hierzu der Lebens-Raum Stadt einen Beitrag leisten kann.

Diskussion

Wie „krisenfähig“ ist die europäische Stadt?

Als Antwort auf diese Frage zeichnen die Diskussionsteilnehmer ein ambivalentes Bild. Einerseits verfügt die „Europäische Stadt“ über ein hohes technisches und organisatorisches Potential, um krisenhafte Veränderungen zu meistern. Andererseits ist ihr soziokulturelles Fundament möglicherweise bereits zu „marode“ hierfür:

Die europäischen Städte - insbesondere die Städte des deutschsprachigen Raumes - erscheinen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich befähigt, krisenhafte Veränderungen zu überstehen. Die technische Ausstattung,

Verkehrsinfrastruktur sowie Ver- und Entsorgung sind nach wie vor vorbildlich. Die Luft ist vergleichsweise sauber und es gibt viele grüne Erholungsräume. Kommunalpolitik und Stadtverwaltung funktionieren einigermaßen effizient und sind auf sozialen Ausgleich bedacht. Bisher gibt es hier, anders als in Amerika, vielen aufstrebenden Schwellenländern, aber auch einigen europäischen Großstädten wie London, Rom oder Paris, weder ghettoähnliche Bezirke noch „gated communities“ für die Ober- und Mittelschicht. Auch in der Vergangenheit – etwa nach dem Zweiten Weltkrieg – haben sich die mitteleuropäischen Städte als krisenfähig erwiesen.

Allerdings sind die genannten Vorzüge europäischer und insbesondere mitteleuropäischer Städte unter Bedingungen steigenden materiellen Wohlstands entwickelt und ausgebaut worden. Wie krisenfest diese Strukturen sind, wenn die materiellen Möglichkeiten abnehmen, ist unklar. Zumal die Städte in der Vergangenheit auch unter den Bedingungen einer wachsenden Wirtschaft häufig überfordert waren und viele Fehler gemacht haben. Dies lässt vermuten, dass ebenso Fehler in Zeiten rückläufiger Wirtschaftsentwicklung gemacht werden, die dann aber größere negative Folgewirkungen haben könnten. Schließlich lässt sich die heutige Situation nicht mit der nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichen. Damals waren die (materiellen) Ansprüche der Bevölkerung wesentlich geringer und die soziale Kohäsion wesentlich stärker als heute.

Insbesondere schwächt die zunehmende gesellschaftliche Divergenz – infolge von Zuwanderung, Individualisierung, der Herausbildung neuer Lebensstile, wachsender Einkommensungleichheit und demographischer Alterung – den sozialen Zusammenhalt in den Städten und damit deren Fähigkeit, Krisen zu überstehen. Zwar ist ein gewisses Maß an Vielfalt für Städte konstituierend, wirkt integrierend und damit auch stabilisierend. Insgesamt aber dürften die Zerfallsprozesse gegenüber integrativen und stabilisierenden Entwicklungen gegenwärtig eine deutlich höhere Dynamik aufweisen.

Wie abhängig ist Stadt von materiellem Wohlstand?

Die Entwicklung der Stadt hat unser gegenwärtiges materielles Wohlstandsniveau erst möglich gemacht. Wohlstandsgesellschaften waren immer urbane Gesellschaften und die europäische Stadt war bei der Wohlstandsmehrung besonders erfolgreich. Folglich hängt ihre Funktionsfähigkeit auch von einem gewissen Maß an materiellem Wohlstand ab.

Allerdings darf der materielle Wohlstand nicht nur von der öffentlichen Hand kommen. Private Akteure müssen ihren Beitrag leisten – sowohl baulich als auch sozial und kulturell – damit ein städtisches Gemeinwesen funktionieren kann.

Zudem leben die Stadtbevölkerungen heute vielfach über ihre Verhältnisse. Durch bessere Planung, einen effizienteren Mitteleinsatz und eine gewisse Mäßigung gibt es erhebliche Einsparmöglichkeiten, ohne dass dies die Funktionsfähigkeit der Gemeinwesen beeinträchtigen würde. Gerade schrumpfende Gemeinden, beispielsweise im Ruhrgebiet oder Ostdeutschland, haben häufig eine überdimensionierte und teure Infrastruktur.

Wie materiell und sozial aufwändig ist die anonyme, ausdifferenzierte europäische Großstadt?

Diese Frage lässt sich nach Meinung der Teilnehmer nicht eindeutig beantworten. Den Gewinnen der Differenzierung müssen die Kosten der sozialen Integration gegenübergestellt werden.

Einerseits schafft die europäische Großstadt auf Grundlage ihrer Heterogenität (kreative) Freiräume und ein Klima der Toleranz. „Fremde“ Menschen können friedlich nebeneinander leben und „Querdenker“ Neues ausprobieren. In kleinen Städten wird beides häufig allzu schnell sanktioniert. Nicht umsonst konzentrieren sich in Großstädten Künstler, Kulturschaffende, Wissenschaftler und kreative Unternehmer. Großstädte schaffen somit ein hohes Innovations- und Erneuerungspotential.

Andererseits nehmen mit der gesellschaftlichen Vielfalt potentielle Konflikte zu. Heterogenität, Anonymität und geringe Sozialkontrolle begünstigen soziale Ausgrenzung, eine ausgeprägte Versorgungsmentalität und die Neigung, individuelle (Gruppen)Interessen über das Gemeinwohl zu stellen. In Zeiten knapper werdender privater und öffentlicher Mittel dürften Verteilungskonflikte - überlappt mit anderen, beispielsweise interkulturellen Konflikten - gerade in Großstädten erheblich an Schärfe gewinnen. Insgesamt steigen die Kosten der sozialen Integration.

Tendenziell dürften die großstädtischen Vorteile in kleinen Großstädten (z.B. Zürich) und polyzentrischen Stadtregionen (z.B. Rhein-Main-Gebiet) besser genutzt und die Nachteile eher auf ein verträgliches Maß begrenzt werden als in sehr großen monozentrischen Agglomerationsräumen (London, Paris, Moskau, Los Angeles, Madrid). Das gilt sowohl für den gesellschaftlichen als auch den infrastrukturellen und organisatorischen Bereich. Hierfür spricht auch,

dass in internationalen Städterankings kleine Großstädte wie Zürich, Frankfurt, Düsseldorf, Kopenhagen, Stockholm häufig gut abschneiden.

Darüber hinaus ist unabhängig von der Größe und Struktur eines Agglomerationsraumes die Mentalität der Bevölkerung ursächlich für die Höhe der sozialen Integrationskosten. Dass in deutschen, schweizerischen, österreichischen oder skandinavischen Städten die sozialen Probleme bisher geringer sind als in vielen englischen, französischen oder amerikanischen Städten, liegt auch daran, dass die Bevölkerungen dieser Länder generell wesentlich stärker auf sozialen Ausgleich bedacht und möglicherweise auch toleranter sind.

Welcher Stadttypus – Klein- und Mittel- oder Großstädte – ist aufwändiger?

Auch diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten. Klein- und Mittelstädte haben zwar in der Regel eine stabilere Sozialstruktur, die Wege sind kürzer und der Infrastrukturbedarf geringer. Allerdings sind sie ohne die Existenz von Großstädten häufig wirtschaftlich nicht überlebensfähig. Viele kleinere und mittlere Städte in peripheren Regionen haben nur eine schwache wirtschaftliche Basis. Gerade die junge Bevölkerung wandert ab. Im Umland von Großstädten nutzen Klein- und Mittelstädte die großstädtischen Vorteile wie Arbeitsplatzangebot, Verkehrsinfrastruktur, Kultureinrichtungen ohne mit den großstädtischen Nachteilen belastet zu sein.

Großstädte können umgekehrt entscheidend für die wirtschaftliche (und kulturelle) Prosperität des ganzen Landes sein. Sie sind die überregionalen Verkehrs- und Kommunikationsknoten, Wirtschafts-, Forschungs- und Entscheidungszentren sowie die Orte sozialer und kultureller Innovation. Ein Land braucht vermutlich also beide Stadttypen.

Wie werden unsere Städte mit einem deutlichen Rückgang des materiellen Wohlstands zurechtkommen? Wie können Städte ihre Aufgaben/Probleme mit weniger Geld lösen?

Das hängt nach Einschätzung der Teilnehmer erheblich davon ab, wie schnell der materielle Wohlstand sinkt und wie die Wohlstandsverluste verteilt sind:

- Ein massiver Einbruch in kurzer Zeit und/oder ein stark ungleich verteilter Rückgang des materiellen Wohlstands dürften zu kaum steuerbaren sozialen Konflikten und politischer Radikalisierung führen. In der Vergangenheit wurden diese innergesellschaftlichen Konflikte häufig in externe Kriege abgeleitet.

- Ein sich bei geringer Einkommensungleichheit allmählich vollziehender Rückgang des materiellen Wohlstands dürfte hingegen gestaltbar sein.

Die Art und Weise des Wohlstandsrückgangs hängt aber vor allem von externen Faktoren, wie der globalen Wirtschaftsentwicklung oder der nationalen Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik ab. Insbesondere eine erfolgreiche und faire Bildungspolitik wird künftig maßgeblich darüber entscheiden, wie stark materielle Ungleichheit und damit das soziale Konfliktpotential zunehmen.

Die Städte müssen vor allem Folgendes leisten:

- Die materielle Grundversorgung erhalten/bereitstellen:

Hierzu gehören insbesondere die öffentliche Sicherheit, die Versorgung mit sauberem Wasser, Heizenergie, Strom, Abwasser- und Müllentsorgung, der ÖPNV, das Gesundheitswesen, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, öffentliche Räume, Erholungsräume und kulturelle Angebote. Bei knapper werdenden Mitteln müssen Grenzen der Bereitstellung definiert werden: Wie viele Kitas, Theater, Museen, Schwimmbäder sind wirklich notwendig?

- Den sozialen Zusammenhalt stärken/Exklusion vermeiden.

Entscheidend hierfür ist ein gesellschaftlicher Grundkonsens/Wertekanon, der von allen sozialen und kulturellen Gruppen akzeptiert wird. Dies setzt die erfolgreiche Integration insbesondere junger Migranten sowie von Menschen aus sozial benachteiligten Milieus voraus. Es müssen aber auch Antworten auf die zunehmende Vereinzelung der Stadtbevölkerung sowie die Alterung der Gesellschaft gefunden werden.

Damit die Städte diese Aufgaben „mit weniger Geld“ leisten können, müssen bürgerschaftliche Strukturen und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden:

Starke Bürgerschaft:

In Zeiten rückläufigen materiellen Wohlstands muss - anknüpfend an vorhandene Strukturen - versucht werden, bürgerschaftliches Engagement, bürgerschaftliche Selbstorganisation und Partizipation zu stärken und auszubauen. Dies ist der „Schlüssel“, um mit geringen finanziellen Mitteln viel zu erreichen. Die Bereitschaft der Bürger sich einzubringen, könnte bei sinkendem materiellem Wohlstand tendenziell sogar steigen. Denn gerade wenn der Leidensdruck zunimmt, rücken Menschen häufig zusammen. Dennoch erfordert dies ein grundlegendes Umdenken. Insbesondere müssen Gemeinwohl- und Einzelinteressen wieder gleichrangig werden.

Grundsätzlich ist dies in Klein- und Mittelstädten mit relativ homogenen Bevölkerungen leichter zu verwirklichen. Allerdings wird bürgerschaftliches Engagement auch in Großstädten erfolgreich praktiziert. Als Beispiel hierfür wird Frankfurt genannt. Vieles findet in Großstädten auf Stadtteilebene statt. Hier haben Vereine, freiwillige Feuerwehr, Stadtteilzentren, Stadteilfeste, Nachbarschaftshilfen etc. eine hohe integrierende und stabilisierende Funktion. Insbesondere schaffen sie ein Zusammengehörigkeitsgefühl und erhöhen die Identifikation mit der Stadt. Dass dies auch unter Bedingungen wirtschaftlicher und demographischer Stagnation und Schrumpfung die Zufriedenheit der Menschen erhöhen kann, zeigen Beispiele aus Leipzig und anderen ostdeutschen Städten. Auf Stadtteil übergreifender Ebene setzt sich in Großstädten zudem das stark wachsende Stiftungswesen zunehmend für gemeinwohlorientierte Belange ein. Der Erfolg ehrenamtlichen Engagements ist dann besonders groß, wenn es in eine professionelle Struktur eingebettet ist.

Starke kommunale (Selbst)Verwaltung:

Bei abnehmenden finanziellen Mitteln muss die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und die Kommunalpolitik insgesamt effizienter werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die einzelnen Kommunen ihre Aufgaben nach dem Subsidiaritätsprinzip wahrnehmen. Dies setzt dezentrale Strukturen, Transparenz und klare Verantwortlichkeiten voraus. Vor allem darf sich eine effiziente Kommunalpolitik nicht von kurzfristigen (ökonomischen) Überlegungen leiten lassen. Sie muss die langfristigen Folgen von Maßnahmen und Entscheidungen im Blick haben und diese vor allem gut begründen. Insbesondere wenn Bürger den Nutzen von Entscheidungen erkennen, sind sie auch bereit, Zumutungen (z.B. steigende Energiepreise oder Müllgebühren) hinzunehmen. Entscheidend für eine effiziente Kommunalpolitik ist zudem, dass sie regionale Potentiale stärkt.

Gibt es Beispiele, die zeigen, wie städtische Gemeinwesen einen wirtschaftlichen Abschwung erfolgreich gemeistert haben?

Städte wie Aachen oder Schwäbisch Hall haben wirtschaftliche Strukturumbrüche erfolgreich gemeistert. Da dies aber vor dem Hintergrund einer insgesamt wachsenden Volkswirtschaft geschehen ist, sind diese Beispiele nur eingeschränkt mit der Situation eines allgemeinen wirtschaftlichen Abschwungs vergleichbar. Dasselbe gilt für positive Beispiele aus strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands oder des Ruhrgebiets. Denn einerseits haben diese Städte Transfers aus anderen Regionen erhalten und andererseits konnte die

Bevölkerung in Wachstumsregionen abwandern. Beides dürfte künftig abnehmend möglich sein. Dennoch können aus den dort gewonnen praktischen Erfahrungen Lehren gezogen werden. Das gilt auch für Erfahrungen aus dem Ausland (z.B. Japan).

Was sind praktische Maßnahmen, mit denen Städte (Bürger wie Kommunalpolitik) auf ein sinkendes materielles Wohlstandsniveau reagieren können?

- Flächensparendes Bauen/Nachverdichtung
- Wohnprojekte, bei denen sich Menschen zusammentun, um günstig zu wohnen und sich gegenseitig zu helfen (z.B. Projekt „Wahlverwandtschaften“).
- Nachbarschaftshilfen
- Vereinswesen stärken und in andere Strukturen einbinden
- Straßen- und Stadtteilstunden als integrierende und Identität stiftende Veranstaltungen fördern
- Öffentliche Räume und Einrichtungen als Erholungs-, Kultur- und Gemeinschaftsraum aufwerten.
- Intensive Nutzung moderner Kommunikationsmittel wie Internet oder Lokales Radio.

Das DZ sollte es sich zur Aufgabe machen, erfolgreiche praktische Erfahrungen und Beispiele als Lehr- und Anschauungsmaterial zu sammeln.

Kann die Aufwertung des öffentlichen Raumes private Wohlstandseinbußen kompensieren?

Die Teilnehmer vertreten zwei Positionen:

1. Die heutige Gesellschaft hat wenig Interesse am öffentlichen Raum und öffentlichen Gebäuden. Bei kommunalen Investitionen sind sie eher an Praktischem, wie Kinderkrippen oder Pflegeeinrichtungen, interessiert. Auch die zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft schränkt die kompensatorische Aufwertung des öffentlichen Raumes ein, da jeder andere Ansprüche an diesen stellt.
2. Wenn sich die Menschen privat immer weniger leisten können, gewinnen Kollektivgüter im Allgemeinen und der öffentliche Raum im Besonderen möglicherweise wieder an Bedeutung. Vor allem wenn der öffentliche

Raum „funktionsoffen“ (Fußball, Jogging, Ruheinseln, Picknick-/ Grillareale, Raum für Gemeinschaftsveranstaltungen/Feste etc.) und attraktiv gestaltet ist, könnte er durchaus dazu beitragen, sowohl private materielle Einbußen zu kompensieren als auch verbindend zu wirken. Das gleiche gilt für andere öffentliche Güter (z.B. Bürgerhäuser, Kultureinrichtungen etc.).

Können wir bei der Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes aus historischen Erfahrungen und Beispielen lernen?

Historische Erfahrungen sind nur eingeschränkt auf die heutige Zeit zu übertragen. Früher war die Gesellschaft zutiefst religiös, hierarchisch, unfrei, ethnisch-kulturell homogen, materiell ungleich und die soziale Kontrolle stark ausgeprägt. Für alles gab es allgemeingültige Leitbilder und strikte Regeln. Insbesondere galt das auch für die Gestaltung von (individuellen) Repräsentativbauten, die sich trotz ihres Darstellungscharakters harmonisch in das Gesamtgefüge einzuordnen hatten (z.B. Marktplätze von Brügge und Siena).

Heute sind Pluralität, Individualität und Egalität die Grundwerte einer freien, demokratischen Gesellschaft. Auf Grundlage dieser Wertvorstellungen müssen eigene – auch städtebauliche – Antworten gefunden werden. Einzel- und Gemeinwohlinteressen müssen in ein tragfähiges Verhältnis gebracht werden. Für den öffentlichen Raum hieße das beispielsweise, dass dieser nicht überwiegend für die eigene Darstellung und/oder kommerzielle Zwecke (z.B. Werbung/individualistische Solitärbauten) vereinnahmt werden darf.

Wie sähen unsere Städte in 50 Jahren aus, wenn in dieser Zeit das reale Bruttoinlandsprodukt jährlich um ein Prozent sinken würde?

Unter der von den meisten Teilnehmern formulierten Voraussetzung, dass der materielle Rückgang nicht zu ungleich verteilt ist, entwickeln Sie folgende Szenarien:

- Städte werden sich verkleinern (gezielt abreißen). Regionale Wirtschaftskreisläufe werden an Bedeutung gewinnen. Neue Dienstleistungsformen und Formen der stadtnahen Landwirtschaft entstehen. Die Auswahl an industriellen Produkten dürfte sinken.
- Bei einem gleitenden wirtschaftlichen Abstiegsprozess dürfte sich gar nicht so viel ändern. Der Mensch ist anpassungsfähig. Schon heute sind Häuser und teilweise auch öffentliche Infrastrukturen überdimensioniert. Private Güter und Leistungen – wie PKW, Sauna etc. – dürften häufiger von mehreren

Personen gemeinsam genutzt und finanziert werden (effizienterer Umgang mit Ressourcen).

- Die skizzierte Situation dürfte bedeuten, dass die Menschen in 50 Jahren etwa so wohlhabend sind wie die vor 50 Jahren. An den damaligen Lebensstandard kann sich die Bevölkerung bei einem langsamen Rückgang durchaus wieder gewöhnen.
- In vielen Städten könnten die wirtschaftlichen und demographischen Schrumpfungsprozesse auch als Gewinn wahrgenommen werden. Für jeden Einzelnen bleibt mehr Grün, mehr Zeit, mehr Mitsprache.
- Die zahlenmäßig geschrumpfte Bevölkerung wird enger zusammenrücken. Der ländliche Raum wird sich entleeren. Ein Teil des BIP-Rückgangs wird zu keinen materiellen Verlusten führen. Heute werfen Privathaushalte mehr als ein Drittel der gekauften Lebensmittel fort. Diese Verschwendung hätte ein Ende. Zugleich käme der weniger gedankenlose Umgang mit Ressourcen der Umwelt zugute. Insgesamt wäre der materielle Wohlstand der 1960er Jahre plus saubere Luft und eine akzeptable öffentliche Grundversorgung nicht die schlechteste Option.
- Die Gegensätze zwischen Städten und zwischen Stadt und Land werden sich verschärfen. Der Wettbewerb zwischen den Städten wird zunehmen. Gewinnen werden die Städte, denen es gelingt, die öffentliche Grundversorgung – insbesondere im Bereich Bildung und Erziehung – aufrecht zu erhalten, Migranten erfolgreich zu integrieren, ihre regionalen ökonomischen und kulturellen Potentiale zu nutzen und insgesamt effizient mit ihren Ressourcen zu wirtschaften (z.B. Gebäudesanierung, regenerative Energien, Wasserverbrauch). In diesen Zuzugsgemeinden werden auch die materiellen Wohlstandsverluste geringer ausfallen. Die zunehmenden Zwänge werden das Innovationspotential sowohl der Menschen als auch der Kommunen erhöhen.
- Die Entwicklung dürfte sich in verschiedenen Phasen vollziehen. Zunächst entleeren sich die ländlichen Räume. Es wird sowohl relativ prosperierende „Zuzugsstädte“ als auch schrumpfende und baulich verfallende „Fluchtstädte“ geben. In einer späteren Phase könnte der ländliche Raum auf niedrigem wirtschaftlichem Niveau wiederbesiedelt werden (halb-autarke und für den Eigenbedarf wirtschaftende Höfe und Gemeinden).
- Die öffentliche Wohlfahrt sinkt erheblich: Ein Großteil der ehemals kommunalen/öffentlichen Dienstleistungen wird privat erbracht werden, entweder

indem jeder individuell dafür zahlen muss oder indem Mäzene diese zur Verfügung stellen.

- Die Bevölkerung wird weniger mobil sein, wie dies schon heute auf einkommensschwächere Schichten zutrifft. Stadtteilzentren und kleine Einzelhändler könnten aufgewertet werden. Nachbarschaften übernehmen verstärkt soziale bis hin zu ehemals öffentliche Dienstleistungen und Funktionen.
- Da die materiellen Wohlstandsverluste wahrscheinlich doch ungleich verteilt sein werden, nehmen Segregationstendenzen in den Städten zu (Ghettobildung/Gated Communities). Teile des öffentlichen Raums sowie viele öffentliche Dienstleistungen, Investitionen und Kulturangebote dürften weitgehend privatisiert werden. Die Menschen werden viele Aktivitäten – handwerkliche, künstlerische, soziale – wieder häufiger in Eigenarbeit verrichten. Dies könnte zu einer höheren Zufriedenheit und einem engeren Zusammengehörigkeitsgefühl beitragen.

Denkkreis „Lebens-Raum Stadt“

Abschließend unterstützen die Teilnehmer übereinstimmend die Idee, einen Denkkreis „Stadt“ einzurichten. Für diesen werden folgende Leitfragen formuliert:

- Wie wirken sich abnehmende ökonomische Potentiale auf den Umgang mit Ressourcen aus? Bietet der wirtschaftliche und demographische Schrumpfungsprozess Chancen für eine nachhaltige Stadtentwicklung? Welche individuellen Gewinne könnten die Bürger hieraus ziehen?
- Wie können die Städte bei abnehmenden finanziellen Möglichkeiten die öffentliche Grundversorgung aufrechterhalten? Welche Angebote sind unverzichtbar, wo könnten Abstriche gemacht werden?
- Können soziale und kulturelle Angebote materielle Wohlstandsverluste kompensieren? Wenn ja, wie können die Städte einen Beitrag hierzu leisten?
- Wie werden sich ländliche Räume bei sinkendem materiellem Wohlstand entwickeln?
- Wie können Städte einen Beitrag zu einer fairen und integrierenden Bildungspolitik leisten („Stadt als Hort der Bildung“)?